



Nein zur Mobilfunk-Initiative



Der LAbg. Pepo Frick erläuterte anlässlich der Mitgliederversammlung, warum auch bei einem NEIN zur Initiative Mobilfunk weiterhin möglich ist und warum ein NEIN zur Initiative zukunftsweisend ist. [Seite 2](#)

Spitalausbau

Geld ist das eine. Die richtige Positionierung das andere. Warum das so ist, lesen Sie auf [Seite 4 und 5](#)

Helen Konzett Bargetze und Pepo Frick **Und es funktioniert eben doch**

Unsere Volksvertretung sprach sich an mehreren Sitzungen klipp und klar dafür aus, einen Vorsorge-Grenzwert auf maximal 0,6 Volt pro Meter im Umweltschutzgesetz festzulegen und beizubehalten. Die Wirtschaft zeichnet bei Einhaltung dieses Grenzwerts mittelalterliche Horrorszenarien. Die Mobilfunkbetreiber drohen unverhohlen mit dem Rückzug. Eine durchsichtige Verdummungsstrategie.

Über eine Initiative der Wirtschaftsverbände zur Erhöhung der Grenzwerte wird Anfang Dezember abgestimmt. Eine Unmenge Studien und Statistiken wurden in der Öffentlichkeit fast nur nach wirtschaftlichen Interessen interpretiert und erläutert.

[Fortsetzung Seite 2](#)

Die Regierung gibt sich in den Medien bedeckt bis unwissend, der Regierungschef und sein Vize erweisen sich als beratungsresistent, was die Gesundheit betrifft, und pochen auf eine Erhöhung. Die Gesundheitsministerin zielt sich, das Vorsorgeprinzip auf ihre Fahnen zu schreiben. Die Liechtensteiner Medien werden erfolgreich vor den Karren der Mobilfunkindustrie gespannt. Die Bevölkerung wird in einen Nebel aus Verwirrung gehüllt und Ängste werden mobilisiert. Eine neutrale Meinungsbildung wurde bisher verhindert, weil die Interessen der Wirtschaft klar in den Vordergrund gerückt werden. Ungeachtet dessen, dass sich gesundheitsverträglicher Mobilfunk und Wirtschaftsinteressen durchaus verbinden lassen.

Regierung zeigt sich unentschlossen

Gleichzeitig bestätigt die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag im Oktober 2009, dass eine Herabsetzung des Vorsorgegrenzwertes auf maximal 0,6 erstens ohne Verlust der Sendequalität möglich ist und zweitens empfehlenswert, wenn wir einen gesundheitsverträglichen Mobilfunk wollen. Warum aber wird die Studie, auf die sich die Regierung stützt, nicht öffentlich propagiert? Warum gibt man sich so verschwommen wirtschaftsfreundlich und stellt sich als Regierung quasi öffentlich gegen die Volksvertretung, obwohl es funktionierende gesundheitsverträglichere Erkenntnisse und Lösungen gibt?

Wir werden bei einer Herabsetzung der Grenzwerte weder mit einem Antennenwald konfrontiert, noch werden wir ins kommunikative Mittelalter zurückfallen. Soviel steht fest. Das von der Regierung in Auftrag gegebene «Kleinzellen Mobilfunk Konzept» kommt zu folgenden fünf wörtlichen Aussagen:

Ein Mobilfunknetz, das mit Kleinzellen aufgebaut wird, kann mit 0,6 V/m betrieben werden.

Die in 2013 höhere Sprach- und Datennutzung ist quantitativ und qualitativ hinsichtlich der Bandbreite und Übertragungsgeschwindigkeit sichergestellt.

Eine weitere Absenkung der Emission ist durch eine Zusammenlegung der heutigen sechs Mobilfunknetze zu einem gemeinsamen Mobilfunk Kleinzellennetz 2013 zu erreichen.

Dieses gemeinsam genutzte Mobilfunknetz ist erstmals profitabel zu betreiben und erlaubt, tiefere Mobilfunkpreise anzubieten.

Nach vorläufiger Simulation ergibt sich für das nationale Mobilfunkprodukt eine positive wirtschaftliche Bilanz.

Fazit

Vor dem Hintergrund dieser Aussagen im Regierungsbericht 2009 ist jede Debatte darüber, welche Studie nun Recht hat und welche nicht, überflüssig. Entscheidend sind zwei Argumente: Mit dem Kleinzellenkonzept, welches sehr wohl noch Optimierungspotential beinhaltet, können wir einerseits die Versorgung nachweislich sicher stellen und vor allem kommen wir damit einem gesundheitsverträglicheren Mobilfunk näher. Es gibt keinen Grund für Panikmache und schon gar keinen Grund dafür, dass die Regierung mit diesem Kleinzellenkonzept dermassen «diskret» umgeht – ist es doch genau das, was dem Entscheid und Willen der Volksvertretung und den vorwiegenden Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenkommt. Wir wollen und sollen auch telefonieren können, aber soweit wie irgendwie möglich ohne Gefährdung unserer Gesundheit.

Im Sinne der Gesundheitsvorsorge empfehlen wir dringend, der Initiative eine Abfuhr zu erteilen. Wir haben die einmalige Gelegenheit, selbst darüber zu entscheiden, ob wir dem Vorsorge- und Gesundheitsdanken folgen oder wirtschaftlicher Panikmache von Mobilfunkbetreibern, welche logischerweise die Gewinnmaximierung in den Vordergrund stellen müssen. Schützen wir uns vor unnötiger Mobilfunkbestrahlung.

Stimmen Sie NEIN.

NEIN zur Initiative, weil...

... gesundheitsverträglicher Mobilfunk und Wirtschaftsinteressen sich gemäss neuester Regierungsstudie nicht ausschliessen.

... das Referendum auf Angstmacherei und Panikmache aufbaut.

... sich unsere VolksvertreterInnen mehrmals zum gesundheitsverträglicheren Grenzwert bekannt haben.

... die Regierung klar stellt, dass ein funktionierender Mobilfunk möglich ist.

Wolfgang Marxer **Neue und bewährte Kräfte im Leitungsgremium**

An der Generalversammlung im Juni dieses Jahres gab es verschiedene Neuerungen im Vorstand. Wolfgang Marxer sitzt einem 6-köpfigen Vorstand vor, welcher sich um die Belange der Freien Liste kümmert.



V.l.n.r.: A. Walser, P. Risch, W. Marxer, G. Kaufmann, C. Robinigg, C. Heeb-Fleck

Nach den Wahlen im Februar und dem für die FL enttäuschenden Ergebnis ging die Führungsebene in Klausur. In einem aufwendigen Strategie-Prozess wurde die Situation der FL intern und extern ausführlich analysiert. Basis war eine Mitgliederbefragung, die aufschlussreichen Input lieferte. In den Workshops ging es darum, die Schlussfolgerungen und Massnahmen bezüglich Struktur und Organisation der Partei, die personellen und finanziellen Ressourcen und die politischen Schwerpunkte zu definieren.

Die neue Strategie der FL wurde an der GV im Juni 2009 gut geheissen. Als einen der ersten Schritte wurde – wie schon vor den Wahlen angekündigt – die neue Parteileitung gewählt:

- Wolfgang Marxer, Präsident
- Claudia Heeb-Fleck, Ressort Politik
- Astrid Walser und Claudia Robinigg, Ressort Gemeinden
- Georg Kaufmann, Ressort Öffentlichkeitsarbeit
- Patrick Risch, Ressort Interne Kommunikation

Ebenfalls beschlossen wurde der Ausbau der personellen Ressourcen. So leitet die stv. Landtagsabgeordnete Helen Konzett Bargetze seit 1. September 2009 die neu bezogene Geschäftsstelle und Karin Jenny zeichnet für die gesamte Öffentlichkeitsarbeit der FL verantwortlich.

Klare Strukturen

Die Arbeit des Vorstandes richtet sich nach den Leitideen (siehe Kasten) und verfolgt die Zielsetzung: Aufbauend auf einer soliden Wählerbasis und treu den eigenen Grundsätzen, die in einem detaillierten Programm zum Ausdruck kommen, erfährt die Freie Liste nachhaltig breite politische Akzeptanz und sieht ihre Ideen im Landtag in Fraktionsstärke und in allen Gemeinderäten vertreten.

Die FL wird die sozialen, ökologischen und demokratischen Prozesse mitprägen, sachlich und lösungsorientiert politisieren, und sie ist bereit, auf allen politischen Ebenen Verantwortung zu übernehmen. Ein Schlüsselement ist dabei sicherlich eine offene, ehrliche Kommunikation – auch bei unbequemen Themen oder in Wahlkampfzeiten.

Leitideen – Wir ...

- fokussieren uns auf Themen, die ein hohes Mass an ethischem Handeln bedingen, zur sozialen Gerechtigkeit beitragen, demokratische Werte hochhalten, die Gleichberechtigung aller, den Schutz der Umwelt und die Solidarität in der Entwicklungs-Zusammenarbeit betonen.
- richten unsere Tätigkeit nach unseren Grundsätzen (Strategie und Parteiprogramm) aus und konzentrieren uns auf neue, erfolgsversprechende Aktivitäten (Themen).
- kennen die Ansichten der FL-Mitglieder und lassen sie direkt in die politische Führungs-Arbeit einfließen.
- führen ein aktives Mitglieder-Management.
- organisieren uns schlank und effizient mit dem Fokus der langfristigen Sicherung und Entwicklung der Organisation.
- unterwerfen die Vereinsführung unternehmerischen Kriterien mit klarem Planungsprozess und Budgetvorgaben.
- messen Marketing und einheitlicher Kommunikation mit einer klaren und deutlichen Sprache herausragende Bedeutung bei.
- pflegen innerhalb der FL einen toleranten Umgang, betonen die Gemeinsamkeit und den Einbezug möglichst aller aktiven Vereinsmitglieder, wir arbeiten mit flachen Hierarchien und leben eine lebendige Diskussions- und Streitkultur.

Pepo Frick **Akutspital im Miniformat**

Mitten in die Diskussion um ein neues Landesspital platzten im Sommer zwei ehemalige Chefärzte des Spitals Grabs zum wiederholten Male mit dem Vorschlag, die beiden Spitäler Vaduz und Grabs zu einem Liechtensteinisch-Werdenbergischen Regionalspital zu fusionieren.



Wir brauchen ein anderes Spitalkonzept, wenn es kein böses Erwachen geben soll.

Die Begründung: Höhere Wirtschaftlichkeit und vor allem höhere Qualität durch ein einziges, mittelgrosses Regionalspital.

Die Idee war von Seiten des offiziellen Liechtenstein schnell vom Tisch: Gesundheitsministerin Renate Müssner liess via ihr Parteiblatt Vaterland über den Rhein ausrichten: «... dass wir in Liechtenstein im Lande eine medizinische Grundversorgung im stationären Bereich sicherstellen wollen.» Und: «Für mich ... steht der Standort des Landesspitals nicht zur Disposition.» Und Thomas Büchel, Stiftungsratspräsident des Liechtensteinischen Landesspitals, bekräftigte: «Ein souveräner Staat braucht ein eigenes Spital.» Ein bekanntes Killerargument, wenn eine sachliche Begründung fehlt.

Sonderweg Liechtenstein

Die Absage aus Liechtenstein ist nicht die erste. Seit über 20 Jahren geht das Liechtensteinische Landesspital einen Sonderweg. Obwohl willkommen und dazu eingeladen, wollte das Landesspital nicht an der Neuorganisation der Spitalregion Werdenberg-Rheintal-Sarganserland teilnehmen. In der Beantwortung einer Kleinen Anfrage im April 2007 versicherte die Regierung zwar, dass im Rahmen der Spitalpolitik grenzüberschreitende Kooperationen eingegangen werden sollen. Ziel dieser Kooperationen sei «eine Anbindung des Landesspitals an das schweizerische Spitalwesen». Diese Anbindung lässt bis heute auf sich warten und die Zusammenarbeit über die Grenze, die in anderen Bereichen durchaus funktioniert (Abfallentsorgung,

Neutechnikum Buchs, Berufsschulen, etc.), bleibt im Spitalbereich weiter Makulatur.

Im Gegenteil. Noch bis Ende der 70er Jahre gab es eine klare regionale Aufgabenteilung: Das Spital Grabs war für die Akutversorgung der Region zuständig, Vaduz hatte seinen Schwerpunkt im Bereich chronischer Erkrankungen und Geriatrie. Entsprechend wurden auch die vertraglichen Vereinbarungen mit dem Kanton St. Gallen ausgestaltet. Doch mit der Übernahme des Spitals durch das Land, einem neuen Leistungsauftrag und dem Zuzug immer neuer Spezialisten erfolgte in den letzten 20 Jahren eine tiefgreifende Strukturänderung des Landesspitals in Richtung Akutspital und Tätigkeitsfeld für operativ tätige Spezialisten.

Ein aufgeblasener Apparat

Heute sind am Landesspital rund 50 (!) Beleg- und Konsiliarärzte tätig und bieten Leistungen an in den Bereichen Innere Medizin, Chirurgie, plastische Chirurgie, Orthopädie, HNO, Gynäkologie, Geburtshilfe, Pädiatrie, Urologie, Gefässchirurgie, Ophthalmologie, Psychiatrie und ganz aktuell Radiologie (mit für die Versorgungsregion unnötigen MRI- und CT-Maschinen). Dabei erfolgte der Ausbau des Spitals alles andere als planmässig und organisch. Vielmehr wurde mit jedem neuen Spezialisten, der sich in Liechtenstein niederliess, die entsprechende Leistung auch am Spital angeboten – ohne Abstimmung auf das Angebot der umliegenden Spitäler. Dass das Landesspital damit zunehmend in Konkurrenz zu diesen Spitalern trat und damit abgeschlossene Versorgungsverträge unterlief, kümmerte die Verantwortlichen bisher wenig. Das Spital Vaduz ist heute weitgehend ein Akutspital im Miniformat und steht damit in direkter Konkurrenz zu den übrigen Akutspitalern der Region, allen voran dem Spital Grabs.

Der schnelle Gang ins Spital

In den letzten Jahren wird das Ambulatorium des Spitals zudem immer mehr zur Anlaufstelle für ambulante «Notfälle». Warum sich um einen Termin beim Hausarzt bemühen, wo es doch einfacher ist, nach Feierabend auf dem Weg zum Einkaufen noch auf der Notfallstation des Spitals vorbei zu schauen. Wohl gemerkt: in Vaduz arbeiten Assistenzärzte ohne Chefärzte der verschiedenen Disziplinen im Hintergrund. Und wenn nicht ins Spital, dann wenigstens direkt zum Spezialisten. Dieser führt dann als Belegarzt auch die Spitalbehandlung gleich selber durch. Im Grunde genommen ein klassischer Interessenskonflikt. Vorbei sind die Zeiten des Hausarzt-systems, wo durch eine Zweitmeinung manche unnötige Untersuchung und Operation eingespart werden konnte.

Geld spielt wohl keine Rolle

Für die beiden Regierungsparteien VU und FBP ist der weitere Ausbau des Spitals Vaduz zu einem Akutspital unbestritten. Gesundheitsministerin Renate Müssner: «Ich gehe davon aus, dass darüber ein politischer Grundkonsens besteht». Geld und Kosten spielen – zumindest bisher – keine Rolle. Der Ausbau des Landesspitals vollzieht sich dabei gegen jede wirtschaftliche

Logik: GesundheitsökonomInnen sind sich einig: Ein wirtschaftlich vernünftig geführtes Akutspital braucht ein Einzugsgebiet von mindestens 100 000 EinwohnerInnen. Liechtenstein hat 35 000 EinwohnerInnen und die ganze Region Liechtenstein-Werdenberg bringt es auf gerade 75 000 EinwohnerInnen. Nur ein GEMEINSAM betriebenes Akutspital macht deshalb wirtschaftlich Sinn.

Die Forderung nach einem minimalen Einzugsgebiet hat aber nicht nur wirtschaftliche Gründe. Mit Blick auf eine hochstehende Versorgungsqualität wird heute für ein Akutspital eine Grösse von 200 – 300 Betten gefordert. Grund: Höhere Fallzahlen an einem grösseren Spital steigern die Qualität, weil mehr Fachpersonal mit höherem Erfahrungs- und Ausbildungsstand rund um die Uhr im Einsatz steht.

Alleingänge sind teuer

Die Schlussfolgerung der zwei ehemaligen Chefärzte ist deshalb nicht von der Hand zu weisen: Unsere Region braucht nicht zwei Akut-Spitäler mit ungünstiger Kostenstruktur, sondern ein gemeinsam betriebenes, kostengünstiges und qualitativ hochstehendes Regionalspital. Das würde mit Sicherheit nicht das Aus für das Landesspital bedeuten. Vielmehr würden Ka-

pazitäten frei für andere, zukünftig noch an Bedeutung gewinnende Bedürfnisse. Es fehlt in der Region nämlich an stationären Einrichtungen für Chronischkranke, für Altersmedizin und für Palliativmedizin. Es wäre eine hehre Aufgabe für das Landesspital, sich als regionales Kompetenzzentrum für diese PatientInnen zu etablieren und zu spezialisieren.

In Zeiten knapper werdender finanzieller Ressourcen fällt auch einem souveränen Kleinstaat wie Liechtenstein kein Stein aus der Krone, wenn er die teure medizinische Akutversorgung im Verbund mit seinen Nachbarn organisiert. Sparen wird weh tun, meinte kürzlich Regierungschef Tschütscher in einem Interview. Im Falle der Spitalpolitik gilt aber besonders: Alleingänge werden noch mehr weh tun.

Wussten Sie, dass ...

... der Landtag im Juni 2009 die Zusendung des obligatorischen Krankenpflegeberichts aufgrund eines Antrags bis Herbst 2009 zugesichert wurde? ... dieser nun aber von Regierungsrätin Müssner ohne Begründung verweigert wird? Und dies, obwohl dieser Bericht schon länger der Regierung vorliegt.

... das Liechtensteiner Vaterland Pressemitteilungen der Freien Liste, die mit «Wussten Sie, dass ...» beginnen, nur mehr als bezahlte Anzeigen abdrucken will, weil es sich dabei um ein «Branding» der FL handle?

Karin Jenny **Medienförderung ist Parteienförderung**

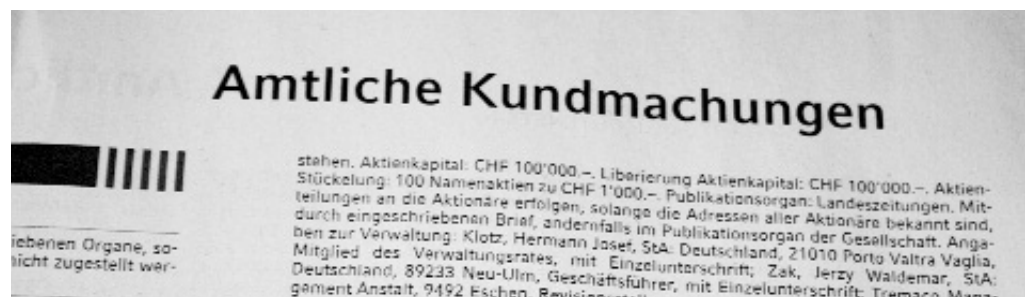
«... Die Vaduzer Medienhaus AG ist eine gewinnorientierte und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unterworfenene Unternehmung. Sie gehört zu 100 Prozent der Stiftung Vaterländische Union und hat dieser in den letzten Jahren zugunsten der Vaterländischen Union massgebliche Mittel zur Finanzierung der Partei ausgeschütten können ... » Liechtensteiner Vaterland, 24. 6. 2009, Daniel Quaderer Verlagsleiter

Im Jahre 2008 erschien das fl!info zehn Mal, in der Hoffnung, diese Erscheinungsform auch 2009 durchhalten zu können und damit die Berechtigung auf Medienförderung zu erhalten. Das Wahlergebnis 2009 jedoch reduzierte die Parteienmittel und damit auch die Finanzen für das fl!info. Damit sich die Partei nicht verschuldet, wurde die Publikation fl!info auf ein Mindestmass zurückgefahren und wird weiterhin maximal vier Mal jährlich und in reduzierter Form erscheinen (können).

Schon im Oktober 2007 wurde das Budget für die «direkte Medienförderung» von jährlich 850 000 CHF auf 1 300 000 CHF erhöht und die «indirekten Medienförderungsmittel» um 50 000 auf 500 000 CHF reduziert. Die Beantwortung einer kleinen Anfrage vom 23.10.2009 ergab, dass das Vaduzer Medienhaus 2008 CHF 986 992.–, das Liechtensteiner Volksblatt CHF 768 255.– und der Alpenlandverlag CHF 31 117.– erhalten haben. Die Landeszeitungen teilen sich die Medienförderung also praktisch untereinander auf.

Bis zu 1,8 Millionen Franken pro Parteizeitung

Zu diesen massiven Beträgen, mit denen die Landeszeitungen subventioniert werden, kommen noch die Erträge aus den Kundmachungen, die in beiden Zeitungen gleichzeitig erscheinen. Die Beantwortung der diesbezüglichen kleinen Anfrage ergab, dass dies pro Zeitung noch einmal 740 000.– CHF jährlich ausmacht. Ein Sümmchen, das keinen Arbeitsaufwand abdeckt, sondern lediglich die zur Verfügung gestellten Seiten. Die Druckerei, der die fixfertigen Vorlagen zugeschickt werden, erhält ebenfalls noch 95 000 CHF. Allein 1,5 Millionen Franken werden für die



Ein monatlich erscheinendes amtliches Kundmachungsblatt wird mit 200 000 CHF sicher zu haben sein. Mit einem Schlag liessen sich jährlich 1,3 Millionen Franken einsparen.

Kundmachungen verpulvert. Da nützt es auch nichts, dass sich Regierungschef Klaus Tschüscher auf frühere Aussagen beruft, ein eigenes Kundmachungsblatt käme viel teurer, weil gewisse Kundmachungen trotz allem noch via Medien publiziert werden müssten. Es erfüllt uns jedoch mit Hoffnung, dass unser Hinweis auf ein mögliches Sparpotential in Millionenhöhe zumindest positiv aufgenommen wurde und dies in «der nächsten Zeit» genauer geprüft werde. Mit 1,5 Millionen Franken werden die Medien indirekt gefördert, d. h. dass zwischen 1,6 und 1,8 Millionen Franken an die beiden Tageszeitungen (Kundmachungen und Medienförderung) ausgeschüttet werden.

Schwarz auf weiss

Jeder bisherige Hinweis, dass die Medienförderung eine versteckte Parteienfinanzierung sei, wurde bisher abgestritten. Genauso wie permanent geleugnet wird, dass die beiden Landeszeitungen Parteizeitungen sind. Dem steht nun die Aussage Daniel Quaderers, dem Verlagsleiter des Medienhauses, gegenüber. In den letzten Jahren habe der Verlag «massgebliche Mittel zur Finanzierung der Partei ausgeschütten können». Diese Aussage lässt an Klarheit

nichts zu wünschen übrig: Medienförderungsmittel werden auch für die Partei verwendet.

Stossend ist zudem, dass sich trotz aller Bekenntnisse zur Öffnung der beiden Landeszeitungen nicht wirklich was verändert hat. Es ist noch lange keine «Öffnung», wenn Zeitungen «Forumsbeiträge» von Vereinen und der Oppositionspartei zulassen. Entweder missbrauchten sowohl Volksblatt als auch Vaterland den von ihnen beschworenen Unabhängigkeitsstatus oder aber, es ist einfach so, dass eigenständiger Journalismus und ausgewogene Berichterstattung nicht zum Markenzeichen beider Zeitungen gehören (sollen). Die Zeitungen werden benutzt, um parteiinterne Kämpfe auszutragen; sie werden zum alleinigen Sprachrohr der jeweiligen Partei, wenn es um die Landtagsberichterstattung geht.

Beide Medien werden als Propagandablätter der Parteien geschrieben und gelesen. Da helfen keine anderslautenden Beteuerungen. Es ist Zeit, Tageszeitung und Parteizeitungen strikt zu trennen, sie auch transparent und getrennt zu fördern.

Karin Jenny **Der Streit ums Gemeindehaus**

In Vaduz hat die VU-Fraktion beim Bau des Verwaltungsgebäudes eine Kehrtwende vollzogen. Wie steht der FL Vertreter René Hasler dazu.



Das Vaduzer Rathaus – das Objekt, an dem sich die Geister scheiden.

fl!nfo: Renè, wie erlebst du deine Rolle im Gemeinderat Vaduz?

René Hasler: Ich erlebe sie positiv, wenngleich die mir zugewiesene Rolle nicht immer einfach ist. Durch das Stimmverhalten der beiden Grossparteien werden mir Entscheidungen von grosser Tragweite zugehoben.

Was meinst du damit konkret?

Für mich ist Gemeinderatsarbeit etwas parteiübergreifendes, ich versuche die Werte der FL, und die sind links grün, konstruktiv einzubringen und die Positionen zu unterstützen, die meinem Denken am nächsten kommen. In der Kommissionsarbeit funktioniert dies sehr gut, dort finden keine Blockbildungen statt, und es wird engagiert um Lösungen gerungen. In den Ratsitzungen hingegen wird vielfach nach Fraktionen abgestimmt. Ein herausragendes Beispiel dafür ist der Neubau des Verwaltungsgebäudes. Der Gemeinderat hat

sich erst einmal in fünf Abstimmungen einstimmig für dieses Projekt und diesen Standort entschieden. Erst als es zu den ersten Arbeitsvergaben kam, schwenkte die VU geschlossen um, ein Verhalten das für mich nicht nachvollziehbar ist. Von diesem Zeitpunkt an wurde plötzlich alles in Frage gestellt. Es scheint, dass die VU ein Positionierungsproblem hat und sich gegenüber der FBP auf die nächsten Wahlen hin abheben möchte. Anders kann ich mir diese vermehrte Opposition des Neinsagens nicht erklären.

Nun, der Gemeindehausneubau kostet ja auch eine Menge Geld – vielleicht sind das die Gründe?

Ja, das zumindest wird vorgegeben – die VU möchte sich seit der Finanzkrise als Sparpartei hervortun. Der Gemeindebau hat damit aber nichts zu tun. Die Verwaltung hat in verschiedensten Bereichen ein Platzproblem und eine veraltete Infra-

struktur und ist ausserdem in zwei Gebäuden aufgeteilt. Zudem hat Vaduz, allein seit ich im Gemeinderat bin, jährlich etwa 20 Millionen Franken «gespart», d.h. das Geld für den Neubau ist vorhanden und der Bedarf auch. Der Gemeinderat will es sich auch leisten, dieses Gebäude im Minergie-P Standard auszuführen, also ökologisch gesehen auf höchstem Niveau.

Was ist mit dem Gebäude, in dem die LGT Treuhand und nun die First Treuhand eingemietet sind?

Die VU ist der Meinung, wir könnten das Gebäude, das die LGT gemietet hat, für unsere Zwecke nutzen. Die LGT ist aber weiterhin an einen gültigen Mietvertrag bis ins Jahr 2026 gebunden. Auch wenn die Gemeinde die LGT aus diesem Mietvertrag entlassen würde, bin ich überzeugt das dieses Objekt, an diesem Standort, mit einer klugen Vermietung, zu einer positiven Entwicklung von Vaduz beitragen wird.

Was passiert mit dem Rathaus bei einem Neubau des Gemeindehauses?

Es wurden verschiedene Möglichkeiten angedacht, aber auch dieser Prozess wurde wie der Verwaltungsbau gestoppt. Möglich wären Sitzungsräume, Infrastruktur für den Rathaussaal, Fraktionszimmer und im EG bietet sich die Möglichkeit einer Publikumsnutzung. Mit dem Abruch des Baubüros, südlich des Rathausplatzes, ist auch eine Vergrösserung des Rathausplatzes möglich.

Ein Bürger hat ja eine Initiative gestartet. Was wird daraus?

Nachdem der Gemeinderat die Initiative abgelehnt hat, liegt der Ball jetzt bei der Regierung. Auch nach dem Gutachten zweier von der Gemeinde beauftragter Juristen wäre der richtige Weg, das Bauprojekt vors Volk zu bringen, ein Referendum gewesen. Dies wurde aber nicht genutzt.

Fortsetzung S. 8



Es scheint, dass die VU ein Positionierungsproblem hat und sich gegenüber der FBP auf die nächsten Wahlen hin abheben möchte.

Weil das Projekt keine planerisch relevante Veränderung erfahren hat, ist der Weg einer Initiative nicht möglich und hat vom Gemeinderat abgelehnt werden müssen. Auch eine Volksbefragung darf der Gemeinderat per Gesetz erst ab einer gewissen Finanzhöhe machen, er muss also selbst entscheiden. Übrigens: Vom Start des Wettbewerbs Juni 2008 bis zum Planungsstopp im Juli 2009, sind schon über 1 Mio. CHF an Kosten angefallen.

Man vermutet bei dir eine Nähe zur FBP...

Da weitaus die meisten Sachgeschäfte vom Bürgermeister initiiert werden, versuche ich dort meine Aspekte einzubringen und nicht einfach Nein zu sagen. Ausserdem gibt es genügend Beispiele, wo ich mit der VU oder umgekehrt gestimmt habe, es erreichen ja auch nicht alle Entscheide die gleiche Öffentlichkeit. Zum Beispiel haben wir dafür gesorgt, dass die FBP mit ihrem Parkplatzprovisorium an der Giessenstrasse nicht durchkam. Dies ermöglichte, dass bis 1.1.2010 der Stadion Parkplatz bewirtschaftet wird und Pendler mit einem Shuttlebus ins Zentrum gebracht werden.

Ein zweiter Zankapfel ist ja der Richtplan von Vaduz ... unterstützt du diesen?

Keine Rede davon. Man kann doch nicht der Bevölkerung eine sündteure Broschüre namens Richtplan vorlegen und dann darüber diskutieren wollen. Der Richtplan geht leider immer noch von einem uneingeschränkten Wachstum aus, man fragt sich schon, was für Entwicklungsmöglichkeiten wir unseren nachfolgenden Generationen zugestehen wollen. Sollte der Richtplan so verabschiedet werden und keine wesentlichen Veränderungen erfahren, wird die Freie Liste Vaduz das Referendum ergreifen.

2011 sind Gemeinderatswahlen, was erwartest du dir bis dahin noch?

Ich sehe mich als Realpolitiker und verlässlichen Partner, der nicht in Fundi-Mannier einfach zu allem Nein sagt, was aus der einen oder anderen parteipolitischen Ecke kommt. Es ist mir wichtig, im GR Vaduz Akzente zu setzen, mich mit ökologischen und sozialen Ideen einzubringen. Daran will ich mich auch weiter orientieren.

Wussten Sie, dass ...

... spätestens seit der letzten Landtagssitzung das Kleinzellenkonzept als alternative, preisgünstige und umweltfreundliche Mobilfunktechnologie bekannt ist, die Parteizeitungen aber weiterhin das mobile Mittelalter prophezeien, wenn wir die Initiative ablehnen?

... die FL die Motion der FBP zur Aufstockung der Arbeitslosenversicherung durch die Mehreinnahmen der Mehrwertsteuer ablehnte, weil schon vor Jahren im Landtag ein Grundsatzentscheid gefällt wurde, dass nicht jeweils ein Topf geöffnet werden soll, um Geld zweckgebunden zu verwenden.

Karin Jenny **Was kümmert uns die Zukunft?**

Es ist eigentlich keine Neuigkeit. In Liechtenstein leben wir mit vielen alten Deponiestandorten, an denen in den 50er und 60er-Jahren sorglos Haus-, Gewerbe- und Industriemüll abgelagert und teilweise verbrannt wurden. Sie zu sanieren, wäre eine dringende Aufgabe. Doch es sind nicht allein Deponien, die zu reden geben.

Eine bodenverseuchte Stelle gibt in Schaan viel zu diskutieren. Beim Landesforstbetrieb Unterau sollen die nicht mehr benötigte Imprägnierhalle und die offene Lagerhalle abgebrochen werden. Dort wurde über Jahrzehnte bis 1998 Holz imprägniert, wohl lange Zeit im guten Glauben, dass das unproblematisch sei. Heute weiss man es besser. Durch dieses Imprägnieren wurde das Erdreich und der Untergrund bis zu einer Tiefe von 8 Metern teils massiv mit giftigen Substanzen kontaminiert. Die Schadstoffkonzentration ist so hoch, dass diese bereits heute eine Gefahr für Oberflächen- und Grundwasser darstellen. Eine Totalsanierung würde sich aufzwingen. Da es sich jedoch lediglich um einen «überwachungsbedürftigen Standort» handle, werde auf Basis der einschlägigen Vorschriften keine Sanierung gefordert, so das Amt für Wald, Natur und Landschaft in einer Stellungnahme.

Das Problem wird aufgeschoben

Der Standort (Gebiet Meder, westlich der Bändererstrasse, zwischen grossem Kanal und Rhein) ist auf einem vom Land gepachteten und (noch) im Besitz der Gemeinde Schaan liegenden Grundstück. Eine Totalsanierung der verseuchten Stellen würde sich auf einen zweistelligen Millionenbetrag belaufen. Dieses Geld habe man nicht. So die Argumentation der Verantwortlichen. Die Lösung des Problems mutet bauernschlau an: Das Land löst den Boden durch einen Bodentausch ab, ist somit künftig Besitzerin des verseuchten Bodens und die Gemeinde als derzeitige Verpächterin des Grundstückes ist das Problem los.

Das Land wiederum stellt sich auf den Standpunkt, dass es den momentanen Anforderungen genüge, wenn in einer Tiefe

von 2–3 Metern eine Abdichtungsplane auf den kontaminierten Boden gelegt wird, um zu verhindern, dass Regen die unter der Plane liegenden Gifte auswäscht. Dass das Sickerwasser in regelmässigen Abständen geprüft und untersucht werde – und bei allfälligem Ausschwemmen von Schadstoffen sofort gehandelt würde.

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Man handelt einerseits nach dem Florianprinzip und andererseits nach dem Prinzip Hoffnung. Die Gemeinde ist mit diesem Handel das Problem ja nur scheinbar los, denn sollte der worst case eintreten, ist es vor allem die Gemeinde Schaan, die den Umweltschaden hat. Gleichzeitig will man Geld sparen, weil eine Totalsanierung sehr viel Geld kosten würde und auch eine Lawine losgetreten würde, was die Totalsanierung der Deponien im Land angeht. Geld, das man heute nicht hat. Die Frage, ob wir denn das Geld morgen haben werden, ist damit nicht beantwortet. Und kein Mensch kann sagen, wie lang diese provisorische Sanierung stand hält. Soviel jedoch scheint festzustehen: Es wird die nächste oder übernächste Generation sein, welche die Sünden unserer und früherer Generationen bezahlen muss.

Der Generationenvertrag gilt wohl nicht

Die massive Umweltverschmutzung, die Gefahr für Grundwasser und für die Bevölkerung wird vertagt. Noch keine Generation hatte soviel Geld wie die heutige, das Problem der gefährlichen Giftstoffe im Boden besteht – es ist eine Frage der Zeit, wie lange man auf provisorische Lösungen bauen kann.

Die Forderung der FL, nämlich, dass das Land der Gemeinde den Boden in dem Zustand zurückzugeben hat, wie er übernom-

men wurde, wurde im Gemeinderat Schaan abgelehnt. Jeder private Pächter ist dazu verpflichtet – in grösserem Umfang und wenn die Gemeinde dem Land Boden verpachtet, scheint diese Vorschrift ausser Kraft zu sein.



Bei aller Zusicherung des Amtes für Umweltschutz, dass da genau hingeschaut und geprüft werde, stellt sich doch die Frage, ob wir denn das Geld haben, wenn ad hoc gehandelt werden muss, weil die Auswirkungen sichtbar werden. Die Verantwortung für diese Aufschiebetaktik geht jedoch weiter: Wir hinterlassen bewusst ein Riesenproblem der nächsten Generation und hoffen, dass uns das nicht mehr trifft. Wer ist verantwortlich für eine solche Vogel-Strausspolitik?

Arbeitsgruppe Verkehrsproblem Liechtensteiner Unterland

Die «Verkehrt»politik

Gemäss der Regierungsumfrage «Sorgen- und Zukunftsbarometer» im Jahr 2007 ist der Verkehr eine der drei wichtigsten Sorgen der liechtensteinischen Bevölkerung. Daran knüpft sich die Frage, wie der Verkehr in Zukunft gestaltet werden soll. Im Zusammenhang mit der Südumfahrung Feldkirch steht Liechtenstein vor einer entscheidenden Weichenstellung im Verkehrsbereich.



Wohin die Verkehrspolitik wirklich führt, darüber darf die Bevölkerung rätseln.

Ist-Situation in Liechtenstein

Im 2008 wurde das «Mobilitätskonzept 2015» erarbeitet. In diesem Konzept liegt der Schwerpunkt im Bau von Umfahrungsstrassen von Ortszentren bei gleichzeitiger Förderung des ÖV's. Die Regierung versucht intensiv mit verschiedenen Gemeinden Umfahrungsstrassenprojekte zu realisieren. Diese Projekte sind Einzelbetrachtungen und nicht eingebunden in ein Gesamtkonzept. Sie ignorieren Auswirkungen, Zusammenhänge und kumulierende Effekte. Über diese Strassenbauplanungen wird im Gegensatz zu Massnahmen im öffentlichen Verkehr nicht offen informiert.

Ist-Situation in Vorarlberg

Nachdem in Vorarlberg das Projekt Letzetunnel auch von der Politik als Transitschleuse erkannt und verworfen wurde, folgte das Projekt Südumfahrung Feldkirch. Zentral für dieses Folgeprojekt ist wiederum die Verbindung der beiden Autobahnen. Die offizielle Begründung für das Bauprojekt ist nicht stichhaltig, da die nur kurzfristige Verkehrsentlastung der Stadt nicht ausreicht, um die Luftbelastung der Bärenkreuzung auf die gesetzlichen Grenzwerte zu reduzieren.

Auf Druck diverser Umweltorganisationen wurden Alternativen zum Strassenbau untersucht. Dabei stellte sich heraus, dass das grenzüberschreitende Verkehrsproblem mit dem Ausbau des ÖV's und ohne Strassenbau besser gelöst werden kann. Trotz diesem Ergebnis, das der Bevölkerung vorzuenthalten wurde, entschieden sich Feldkirch und Vorarlberg für die Südumfahrung Feldkirch.

Damoklesschwert Südumfahrung

Nach jahrelangen Diskussionen über den Letzetunnel bestätigte schlussendlich auch Landesrat Rein die Überzeugung der Umweltorganisationen und der Verkehrsfachleute, dass dieser Tunnelbau eine Transitschleuse öffnen würde. Weshalb ist das nun aktuell diskutierte Folgeprojekt in seinen Auswirkungen für Liechtenstein ebenfalls eine Transitschleuse? Weil die Südumfahrung ebenfalls von Frastanz in Richtung Liechtenstein um den Stadtkern mit den vielen Ampeln führt. Trotz der nun zusätzlichen Anbindung der Stadt durch einen unterirdischen Kreisverkehr sind die Fahrzeitverkürzung und damit die Attraktivität vergleichbar mit dem von Liechtenstein abgelehnten Letzetunnel. Ob die Linienführung des Tunnels der Südumfahrung näher bei der Stadt liegt, ist für die Verkehrswirksamkeit auf Liechtenstein genauso unerheblich, wie die Lage des Tunnelportals, ob grenznah oder stadtnah. Zentral ist die massive Verkehrszunahme für Liechtenstein von 48% bis 2020 an der Grenze! Unsere Regierung beurteilt die Südumfahrung als stadtnahe Umfahrung von Feldkirch als wertfrei, das heisst sie ist loyal mit der Voralberger Regierung und sieht sich trotz dem massiven Mehrverkehr für Liechtenstein als unbeteiligt. Dies ist nicht nachvollziehbar und auch nicht begründet.

Die Südumfahrung ist für unsere Verkehrszukunft in mehrfacher Hinsicht entscheidend:

- Liechtenstein würde zur Transitspange und zur wichtigsten Verbindung der beiden Autobahnen im Rheintal – als schnellste und kürzeste Verbindung im Nord-Süd-Verkehr. Dieser Transit-Mehrverkehr ist von Liechtenstein aus nicht mehr beeinflussbar!
- Der Transitverkehr würde zum noch grösseren Problem (heutiger Anteil im Ortsgebiet Eschen 45%, LKW-Anteil im Schaanwald 62%).
- Durch die Fahrzeitverkürzung der Südumfahrung würde auch der grenzüberschreitende Auto-Pendlerverkehr massiv zunehmen und unsere Strassen zusätzlich belasten.
- Diese immensen Verkehrszunahmen würden Liechtenstein zum Bau von zusätzlichen Strassen zwingen.
- Der öffentliche Verkehr (ÖV) würde stark konkurrenziert und das erhoffte und notwendige Umsteigen der Arbeitsspendler auf den ÖV würde nicht erfolgen.

Diese Aussagen sind durch Verkehrsuntersuchungen und Aussagen von Verkehrs-

fachleuten bestätigt. Im Gegensatz dazu stehen jedoch die Meinungen und das Handeln der Politik. Sie ist trotz der klaren Fakten bis dato nicht bereit, die fatalen Auswirkungen der Südumfahrung zu erkennen.

Nachhaltige Verkehrszukunft

Das Thema Verkehr wurde in den letzten Jahren in einer Vielzahl von Studien untersucht. Die Umsetzung der bereits vor 15 Jahren beim Verkehrswettbewerb formulierten Ziele an eine zukunftsfähige Lösung ist dringender denn je, da deren Notwendigkeit zwischenzeitlich auch durch den Klimawandel und die schwindenden Erdölvorräte als grösste Herausforderung der Menschheit begründet ist. Wegweisend ist die seit Jahresbeginn vorliegende Studie zur Frage: «Gibt es zur Südumfahrung eine Alternative auf der Basis des öffentlichen Verkehrs?». Die Ergebnisse zeigen klar auf, dass das Problem des grenzüberschreitenden Pendlerverkehrs mit einer leistungsfähigen S-Bahn gelöst werden kann und auch die Reisezeiten aus dem Raum Dornbirn und Bludenz wesentlich verkürzt werden können. Die Attraktivität dieser S-Bahn, kombiniert mit neuen Buszubringern, ist durch die prognostizierte deutliche Zunahme an ÖV-Benutzern bestätigt.

Zu Gunsten des Richtungsentscheids für den ÖV spricht eine Vielzahl von Argumenten:

- Verzicht auf hohe Investitionen in neue Strassenbauten
- Entlastung des Strassennetzes – mehr Platz für notwendigen Wirtschaftsverkehr
- Keine Attraktivitätssteigerung für den Transitverkehr
- Grossflächige Reduzierung der Luftschadstoffbelastung
- Verringerung des klimarelevanten Schadstoffausstosses um 9%
- Einsparung von rund 25 000 Liter Treibstoff pro Tag – geringere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern
- Positive Wirkung auf Raumplanung – Schonung der knappen Bodenreserven – Erhalt der Naherholungsräume
- Aufwertung des Lebens- und Wirtschaftsstandorts

Aussage von Professor Rotach, Verkehrsingenieurwesen ETH Zürich, 1996:

«Wir müssen umstellen, und zwar nicht irgendwann einmal, sondern hier und jetzt».

Wolfgang Marxer **Kommentar: (Zu?) spät, aber doch noch ...**

Eindrücklich beschreibt der nebenstehende Beitrag der Arbeitsgruppe Verkehrsproblem Liechtensteiner Unterland die zu erwartende Entwicklung durch die Südumfahrung Feldkirch im Strassenverkehr. Das Horrorszenerario: «Zentral ist die massive Verkehrszunahme für Liechtenstein von 48 % bis 2020 an der Grenze.» Eine solche Entwicklung als «wertfrei» einzustufen und nicht bei der Vorarlberger Regierung zu intervenieren oder die Alpenkonvention anzurufen, ja dies als «grosse Chance für Liechtenstein» zu bezeichnen, ignoriert die Anliegen der Bevölkerung des Liechtensteiner Unterlandes und vor allem der AnwohnerInnen der Achse Schaanwald-Nendeln-Eschen-Bendern völlig. Auch die Voll-Variante «Umfahrung Feldkirch Süd» würde – wie das ehemalige Projekt «Letzertunnel» – zu einer Transitspange im Nord-Süd-Verkehr.

Was Umweltschutzverbände und die FL schon lange forderten (die «Verkehrsplanung Feldkirch Süd» liegt seit Februar 2009 vor!), ist doch noch geschehen. Die Regierung kündigte anfangs November an, «mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln» gegen die Realisierung der Umfahrung «Feldkirch Süd» zu intervenieren. Spät, aber hoffentlich nicht zu spät ... die ersten Vorprojekt-Arbeiten sind bereits angelaufen.

Es bleibt: Untersuchungsergebnisse, dass das grenzüberschreitende Verkehrsproblem mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und OHNE Strassenbau besser gelöst werden kann, werden weiterhin ignoriert. Dies belegt auch der Verkehrsinfrastrukturbericht 2010, der für bauliche Massnahmen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs CHF 350 000, aber für Neu-

und Umbauten im Strassennetz CHF 7 Mio veranschlagt. Zusätzlich – als durchschaubarer Kniff – sollen für die erste Etappe der Nordumfahrung Schaan bereits im November-Landtag CHF 15 Mio bewilligt werden. Und für ein Projekt S-Bahn sind in der Finanz- und Investitionsplanung 2010-2014 keine Mittel reserviert!

Ist dies die Umsetzung des Verkehrsgrundsatzes: Liechtenstein setzt sich für eine räumliche Entwicklung ein, die möglichst wenig zusätzlichen motorisierten Verkehr erzeugt und die Landschaft schonen?

Die FL fordert einen Bau- und Planungsstopp für Entlastungs- und Umfahrungsstrassen, und dass die bescheidener werdenden Mittel auf den öffentlichen Verkehr und die Umsetzung des S-Bahn-Ausbaus zwischen Feldkirch und Sargans konzentriert werden.

Karin Jenny **Warten auf den Nimmerleinstag?**

Auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Pepo Frick und Albert Frick in Bezug auf das weitere Vorgehen zur Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, gab sich die Regierung ziemlich bedeckt und flüchtete sich in die liechtensteinische Redewendung einer «tragfähigen liechtensteinischen Lösung».



Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche ist immer noch ungeklärt.

«... Hinsichtlich der Frage, welchen Vorschlag die Regierung bezüglich der Neuordnung des Verhältnisses Staat und Kirche und wann dem Landtag vorlegen wird, ist zunächst auszuführen, dass es sich dabei – wie die Vernehmlassungseingaben einmal mehr gezeigt haben – um ein sehr sensibles Thema handelt, bei dem nicht die Dringlichkeit, sondern der Geist für eine tragfähige liechtensteinische Lösung überwiegt ...» Zitat aus der Beantwortung der kleinen Anfrage.

Bei aller Komplexität ist diese Antwort nicht wirklich befriedigend. Wir haben bei Pfarrer André Ritter, Generalvikar Walser und Christoph Klein vom Verein für eine offene Kirche nachgefragt, wie sie diese Antwort bewerten und was sie sich erwarten.

Stellungnahme

Pfarrer André Ritter Evangelische Kirche im Fürstentum Liechtenstein

Die Evangelische Kirche verbindet mit der Neuordnung des Staatskirchenrechtes im Fürstentum Liechtenstein die Hoffnung, dass ihr endlich ein adäquater rechtlicher Status gewährt wird. Sie ist daher von der Antwort der Regierung nicht befriedigt. Die Regierung gibt zu erkennen, dass sie, bis auf eine interne Auswertung der Vernehmlassungsantworten, noch praktisch nichts unternommen hat. Dies obwohl die Vorgängerregierung, welcher Herr Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher ja dazumal ebenfalls angehörte, das Dossier bereits weit vorgebracht hatte.

Wir dürfen daran erinnern, dass die Revisionsarbeit nicht auf unbestimmt verschoben werden kann. Heute finanzieren auch nichtkatholische Bürger mit ihren Steuern weiterhin die katholische Kirche mit. Diese Praxis würde einer Klage vor dem EMRK-Gerichtshof wegen Verletzung der Religionsfreiheit kaum standhalten. Wenn eine solche Klage gutgeheissen wird, wäre das dem Ansehen Liechtensteins im Ausland bestimmt nicht förderlich.

Es ist uns bewusst, dass es jetzt seitens der Regierung intensive politische Arbeit zur Konsensfindung in den strittigen Fragen bei der Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche braucht. Die Regierung sollte diese Arbeit rasch und mit Priorität in Angriff nimmt. Gleich wie bei der Vorgängerregierung sind wir bereit, konstruktiv und loyal bei den Gesetzgebungsarbeiten mitzuwirken.

Keine Benachteiligung anderer Religionsgemeinschaften

Wir dürfen daran erinnern, dass die Evangelische Kirche eine konkordatäre Lösung klar ablehnt, da auf diese Weise alle anderen Religionsgemeinschaften von vorneherein gegenüber der katholischen Kirche benachteiligt werden. Stattdessen möchten wir für unsere Kirche einen durch Gesetz geregelten öffentlichrechtlichen Status und ein Kirchensteuermodell nach schweizerischem Vorbild.

Wir unterstützen weiters das Konzept einer gestuften Anerkennung, welches es den verschiedenen Kirchen und anderen

Religionsgemeinschaften im Lande ermöglichen, einen rechtlichen Status zu erlangen, der ihrer jeweiligen Bedeutung wie auch ihrem jeweiligen Selbstverständnis entspricht. Ziel der Neuordnung sollte nicht eine strikte Trennung von Staat und Kirche sein, sondern ein Modell der Kooperation, wie es heute die meisten Länder in Europa kennen.

Stellungnahme

Generalvikar Markus Walser

Zur Frage des FLInfo, ob die Antwort der Regierung auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Albert Frick und Dr. Pepo Frick das Erzbistum Vaduz «befriedigt», ist festzuhalten, dass es sich wohl um eine politische Antwort auf eine politische Frage handelt. Der katholischen Kirche jedoch geht es nicht um (Partei-)Politik, sondern um eine sachgerechte und zukunftsfähige Regelung des Verhältnisses von Staat und Religionsgemeinschaften, die unabhängig von (partei-)politischen Gesichtspunkten eine dauerhafte und fruchtbare Zusammenarbeit von Staat und katholischer Kirche in den gemeinsamen Angelegenheiten gewährleisten kann. Was den Zeitrahmen für eine solche Regelung betrifft, zeigt die Erfahrung der katholischen Kirche im internationalen Kontext, dass dies eine Frage von Monaten oder Jahren, manchmal auch von Jahrzehnten sein kann. Auch hier geht es aus der Sicht der katholischen Kirche nicht darum, möglichst schnell eine Lösung

zu erzwingen, sondern innert nützlicher Frist eine sachgerechte und dauerhafte Regelung in gegenseitigem Einverständnis zu erlangen, durch die das Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften auf ein objektives und von kurzfristigen politischen Trends unabhängiges Fundament gestellt wird.

Stellungnahme

Christoph Klein, Verein für eine offene Kirche

Die Sache ist eine der kompliziertesten und aufwändigsten politischen Fragen Liechtensteins in den letzten Jahrzehnten. Sie braucht Zeit, wenn sie nach allen Seiten hin gut durchdacht sein soll. Falls im ganzen Prozedere irgendwo unnötig Zeit verloren würde, fände ich das schade, da eine Neuregelung ja wichtig ist. Doch ich kann mir da kein Urteil anmassen; eher gefühlsmässig meine ich, dass der Prozess insgesamt läuft.

Ich wünsche mir jedenfalls, dass das Thema gerade wegen seiner Wichtigkeit in der öffentlichen Diskussion lebendig bleibt. Dazu wird auch der Verein für eine offene Kirche seinen Beitrag leisten.

Für eine demokratische Mitwirkung

Das Grundproblem des ganzen Themas der Entflechtung von Kirche und Staat ist: Die Regierung hat – wohl durchaus im Sinne der Bevölkerungsmehrheit – zwei Ziele, nämlich Freiheit der Kirche und Mandatssteuer. Beides zugleich ist nicht voll zu ver-

wirklichen, denn eine völlig freie Kirche wäre beim Umgang mit Geld niemandem Rechenschaft schuldig. Solches in der Verwendung nicht kontrollierte Geld darf aber nicht aus dem Steuertopf kommen. Wir plädieren darum für demokratische Mitwirkung bei der Verwendung der durch die Mandatssteuer generierten Kirchenfinanzen – eine unvermeidliche Beschneidung der kirchlichen Freiheit, die uns jedoch verkräftbar erscheint, zumal laut katholischer Lehre jedes Glied am Leib Christi auch Verantwortung für den ganzen Leib tragen soll.

Die Verantwortlichen des Erzbistums scheinen das Grundproblem genauso klar zu sehen. Insofern verstehe ich deren grundsätzliche Ablehnung des Gesetzesentwurfs durchaus, nämlich im Sinne von: «Niemand darf sich in innerkirchliche Angelegenheiten einmischen, auch nicht Katholiken in reine Finanzfragen des Erzbistums, also muss es vom liechtensteinischen Staat getrennt sein. Es kann seine völlige Unabhängigkeit am besten dann wahren, wenn der Vatikan und Liechtenstein jene Dinge, die beide Seiten betreffen, vertraglich regeln.»

Bei einem solchen Konkordat käme es natürlich darauf an, was darin stünde. Doch die römisch-katholische Kirche bekäme damit auf jeden Fall einen Sonderstatus. Nicht nur das Fürstenhaus, sondern auch viele andere im Land haben hierzu bereits ihre Vorbehalte geäussert. Es wäre auch unklar, wie dann die Kirche zu Geld käme. Schlimm fände ich, wenn die Kirche im Land unter einem Konkordat zu einem kleinen, abgekapselten, sehr homogenen Grüppchen Erzbischofstreuer werden würde, das keine nennenswerte Gestaltungskraft mehr für die Gesellschaft hat.

Wussten Sie, dass ...

... der Landtag im Juni 2009 die Zusendung des obligatorischen Krankenpflegeberichts aufgrund eines Antrags bis Herbst 2009 zugesichert wurde? ... dieser nun aber von Regierungsrätin Müssmer ohne Begründung verweigert wird? Und dies, obwohl dieser Bericht schon länger der Regierung vorliegt.

... das liechtensteiner Vaterland Pressemitteilungen der Freien Liste, die mit «Wussten Sie, dass ...» beginnen, nur mehr als bezahlte Anzeigen abdrucken will, weil es sich dabei um ein «Branding» der FL handle?

Helen Konzett Bargetze **160 Millionen Franken sparen – aber wie?**

Als Auftakt zur Diskussion des Staatsbudgets 2010 an der Landtags-sitzung vom November 2009 organisierte die Freie Liste eine FL-Versammlung. Das Thema «Staatshaushalt und Krise – wo sparen, wo nicht?» interessiert und betrifft uns letztlich alle.



Der Moderator: FL-Präsident Wolfgang Marxer

Als Referent konnte mit Thomas Lorenz, Leiter der Stabsstelle Finanzen, der Fachmann für das Budget 2010 unseres Staates gewonnen werden. Er zeichnete ein objektives Bild über die Situation des Staatshaushaltes und über die Grundlage, von der die Sanierungsprojekte für die nächsten Jahre ausgehen müssen. Der Einsparungs- und Sanierungsbedarf ist besorgniserregend: Insgesamt werden für 2010 rund 900 Mio. Franken benötigt, um die laufenden Ausgaben und die geplanten Investitionen zu decken. Dabei werden 20% der Ausgaben des Staates, das entspricht 180,7 Mio. Franken, nicht mehr durch die Ein-

nahmen gedeckt werden können, denn die Steuer- und Abgaben-Erträge sind im 2009 um ca. 112 Mio Franken massiv eingebrochen. Und auch für das Folgejahr 2010 sind nochmals etwa 50 Mio. Franken Minder-Ertrag prognostiziert.

Dabei ist klar, dass der Haupteffekt auf die weltweite Wirtschaftskrise zurückzuführen ist, und nicht auf die Liechtensteiner Finanzplatzkrise.

Wenn die rund 1,5 Milliarden Franken an staatliche Reserven auf der «hohen Kante» per Ende Jahr ein gutes Finanzergebnis erzielen, könnte die Schiefelage des Budgets noch aufgefangen werden. Dies ist aber abhängig von der Situation der Börsen.

Das Sparziel ist klar definiert: Das eigentliche anzugehende Problem, dass auch mittelfristig die prognostizierten Einnahmen stark zurückgehen, erfordert künftig jährliche Einsparungen von ca. 160 Millionen Franken auf der Ausgabenseite des Staates. Nur so kann verhindert werden, dass die Reserven bis 2020 zur Gänze aufgezehrt sind.

Die grössten Aufwendungen tätigt der Staat für Soziale Wohlfahrt (30%) und Bildung sowie im Finanzausgleich mit den Gemeinden mit je 20%, gefolgt von der allgemeinen Verwaltung mit 14%. Innerhalb des Ausgabenpostens Soziale Wohlfahrt, sind die grossen Kostentreiber der Staatliche Pensionskassen-Zusatzbeitrag, die Krankenkassenbeiträge und die AHV.

In der engagierten Diskussion wird klar, dass das Problem des sogenannten strukturellen Defizits gelöst werden muss. Gesund wäre es nämlich, wenn die Staatskasse in Jahren mit einem durchschnittlichen Wirtschaftsverlauf ausgeglichen dasteht. Liech-

tenstein hat aber ein strukturelles Defizit. Das heisst, dass unser Budget nur in Jahren mit einem aussergewöhnlich guten Wirtschaftsverlauf und einem positiven Finanzergebnis ein ausgeglichenes Resultat erzielen kann.

Jährlich sind künftig 160 Mio. Franken einzusparen.

Wie das Problem angehen, wo den Sparhebel ansetzen? Verschärft wird das Problem dadurch, dass die kurzfristigen Einflussmöglichkeiten gering sind, denn ein etwa 90%iger Anteil der staatlichen Ausgaben ist gesetzlich oder vertraglich gebunden. Dazu kommen Unsicherheiten in Bezug auf die Steuereinnahmens-Entwicklung

Fazit

Allein über Einsparungen wird eine Reduzierung des Finanzdefizits kaum möglich sein. Eine Erhöhung der Erwerbs- und Vermögenssteuer sowie eine Überarbeitung des Finanzausgleichs an die Gemeinden muss diskutiert und darf nicht tabuisiert werden. Eine Gegenüberstellung: Von einer Steuer-Erhöhung (zurück auf das Niveau von 2001) sind mindestens 40 % der Bevölkerung nicht betroffen, sie würde aber zu Mehreinnahmen und mehr sozialer Gerechtigkeit führen.

Eine Erhöhung der Kopfprämie bei den Krankenkassen (als Folge z.B. einer Senkung des staatlichen Krankenkassen-Beitrags) würde alle treffen, und das ist abzulehnen. Der soziale Ausgleich ist weiterhin wichtig, die Freie Liste wird sich dafür einsetzen, dass nicht auf Kosten der wirtschaftlich Schwächeren und der Bildung gespart wird.



Die Information und Abstimmung über ein NEIN zur Initiative erfolgte im Anschluss an die Diskussion über mögliche Sparpotentiale.



Thomas Lorenz kennt den Sparweg.



Eine Erhöhung der Erwerbs- und Vermögenssteuer sowie eine Überarbeitung des Finanzausgleichs an die Gemeinden muss auch diskutiert werden.

Neue Geschäftsleitung der Freien Liste

Seit 1. September 2009 ist Helen Konzett Bargetze die neue Geschäftsleiterin der Freien Liste. Der Vorstand der Freien Liste wünscht Helen alles Gute und viel Humor. Gleichzeitig bezog die Freie Liste ihr eigenes Büro an der Landstrasse 140 in Schaan (Bürohaus Schreiber).



Das Büro ist im allgemeinen von 8.30 Uhr bis 12 Uhr besetzt. Die Geschäftsführerin ist unter der Telefonnummer 231 17 31 und / oder Fax 231 17 33 erreichbar.

Für die Öffentlichkeitsarbeit der Freien Liste ist Karin Jenny verantwortlich.



Die Freie Liste gratuliert

Die Freie Liste gratuliert der FL-Gemeinderätin Stefanie von Grünigen für ihr erfolgreiches Vorgehen beim Staatsgerichtshof. Mit ihrem Engagement und ihrem Mut erreichte sie, dass die Regierung künftig nicht mehr per Verordnung ein Gesetz umgehen kann. NichtraucherInnen können künftig nicht mehr in einen Nebenraum abgeschoben werden. Ihnen bleibt der Hauptraum vorbehalten, RaucherInnen hingegen sollen in Nebenräumen platziert werden. So wollte es die Volksabstimmung, und diese Regelung darf nicht per Verordnung umgangen werden. Die FL-Gemeinderätin Stefanie von Grünigen setzte mit ihrer erfolgreichen Klage ein Zeichen: nämlich, dass man nicht alles schlucken muss und sich wehren kann.